

**abgeschlossen am  
20. Februar 2002**

**(mit Personen- und Sachregister 2001)**

	<u>Seite</u>
<b>1. Repräsentantenhaus verabschiedet Reform der Wahlkampffinanzierung</b>	<b>1</b>
<b>2. Zweifel an Bushs aggressiver Rhetorik gegenüber dem Iran und Nordkorea</b>	<b>2</b>
<b>3. Kritik am Haushaltsentwurf Bushs</b>	<b>3</b>
<b>4. Geteiltes Echo auf geplante Rüstungserhöhungen</b>	<b>5</b>
<b>5. Konjunkturprogramm scheitert im Congress</b>	<b>7</b>
<b>6. Kompromiss über Förderung religiöser Wohlfahrtsverbände</b>	<b>8</b>
<b>7. Bush erneuert Initiativen in der Gesundheitspolitik</b>	<b>9</b>
<b>8. CBO korrigiert Haushaltsprognosen</b>	<b>10</b>

**2/2002**

## 1. Repräsentantenhaus verabschiedet Reform der Wahlkampffinanzierung

Das Repräsentantenhaus hat am 14. Februar 2002 erneut mit deutlicher Mehrheit eine umfassende Reform des *Federal Election Campaign Act* (FECA, 1974) verabschiedet. Für die von Martin T. Meehan (D-Mass.) und Christopher Shays (R-Conn.) eingebrachte Gesetzesvorlage (*Shays-Meehan Bill*) stimmten 240 Abgeordnete, darunter 41 Republikaner, gegen sie 189 Abgeordnete.

Der überraschend klare Sieg der Reformkoalition ist eine schwere Niederlage für die republikanische Parteiführung im Repräsentantenhaus um *Speaker* J. Dennis Hastert (Ill.). Hastert hatte im Vorfeld versucht, die Abstimmung zu einem politischen "Armageddon" für seine Partei zu stilisieren.

Nachdem der Senat bereits Anfang April 2001 unter Führung der Senatoren John McCain (R-Ariz.) und Russell Feingold (D-Wash.) eine nahezu gleichlautende Vorlage angenommen hatte (vgl. CR 4/2001, S. 3), versuchte Hastert zunächst erfolgreich eine Abstimmung im Repräsentantenhaus zu verhindern.

Eine Geschäftsordnungspetition (*discharge petition*), mit deren Hilfe eine Mehrheit der Kammer die Debatte über eine Gesetzesvorlage erzwingen kann, drohte sich jedoch seit Ende des letzten Jahres zu einer blamablen Niederlage für die republikanische Fraktionsführung zu entwickeln. Zusätzlichen Auftrieb haben die Reformbefürworter durch die skandalträchtige Insolvenz des Energiekonzerns Enron erhalten, der als Großspender beider Parteien aufgetreten ist.

Die Reformvorlage, die sich inhaltlich eng an die *McCain-Feingold Bill* anlehnt, sieht insbesondere vor,

- sogenannte *soft money contributions*, die bisher nicht regulierten Spenden an Parteien, mit deren Hilfe in den letzten Jahren zunehmend die engen Limits für Spenden an einzelne Kandidaten unterlaufen worden sind, zu begrenzen;
- sogenannte *sham issue ads*, Anzeigekampagnen von Interessengruppen, die unter dem Deckmantel der Sachinformation direkt für oder gegen einzelne Kandidaten argumentieren, in Zeiträumen von 60 Tagen vor Wahlen und 30 Tagen vor Vorwahlen, zu untersagen.

Die in die Senatsvorlage im Zuge der Kompromissbildung eingebaute Erhöhung des seit 1974 unveränderten Spendenlimits für Einzelpersonen von 1.000 USD pro Wahl und Kandidat auf 2.000 USD ist vom Repräsentantenhaus übernommen worden.

Darüber hinaus kamen Meehan und Shays mit dem Zugeständnis, Spenden an die Parteiorganisationen der Einzelstaaten bis zu 10.000 USD zu erlauben, den Bedenken vor allem der schwarzen Congress-Mitglieder entgegen. Diese befürchteten, ein vollständiges Verbot solcher Spenden an die Parteien würde Wählermobilisierungskam-

pagnen, die in Minderheitenwahlkreisen mit traditionell niedriger Wahlbeteiligung von hoher Bedeutung sind, erheblich erschweren.

Aufgrund der Unterschiede in Einzelbestimmungen der von den beiden Kammern verabschiedeten Gesetzesvorlagen muss nun der Senat nochmals über die Reform der Wahlkampffinanzierung entscheiden. *Senate Majority Leader* Tom Daschle (D-S.D.) hat angekündigt, dass er die Shays-Meehan Bill direkt zur Abstimmung bringen will. So soll ein langwieriges Vermittlungsverfahren, an dessen Ende sowohl der Senat wie auch das Repräsentantenhaus über den ausgehandelten Kompromiss abstimmen müssten, vermieden werden.

Für den McCain-Feingold-Entwurf hatten 2001 59 Senatoren gestimmt, darunter 12 Republikaner. Senator Ernest F. Hollings (S.C.), einer der drei demokratischen Gegner der Reform, hat signalisiert, er werde sich nicht an einer Blockade der Abstimmung beteiligen; Senator John Breaux (D-La.) hält sich in dieser Frage noch bedeckt. Allerdings will Senator Ted Stevens (Alaska), einer der republikanischen Befürworter der McCain-Feingold Bill, dem neuen Gesetzentwurf seine Zustimmung verweigern.

Damit ist eine qualifizierte Mehrheit von 60 Stimmen, die zur Beendigung der Debatte gegen das angekündigte republikanische *filibuster* notwendig ist, noch nicht gesichert. Vorsichtshalber hat jedoch Mitch McConnell (Ky.), der Wortführer der republikanischen Opposition, eine Klage gegen eine eventuelle Reform in Aussicht gestellt, die auf die Einschränkungen der Redefreiheit durch die neuen Regelungen zielen würde.

Die Administration hat demgegenüber bekräftigt, dass sie einen zwischenparteilichen Kompromiss nicht durch ein Veto des Präsidenten torpedieren würde. Ari Fleischer, der Sprecher des Präsidenten, hat zwar scharf eine Übergangsbestimmung kritisiert, die einseitig die demokratischen Parteiorgane zu bevorzugen schien. Dieser Streitpunkt ist jedoch ausgeräumt worden.

Für erhebliche Verärgerung der republikanischen Parteiführungen im Congress sorgten halboffizielle Verlautbarungen im Vorfeld der Entscheidung, Präsident Bush hielt die vom Repräsentantenhaus verabschiedete Reform für eine Verbesserung gegenüber den bestehenden Regelungen. Bush hatte zuvor eine abgemilderte Reformvariante favorisiert, die der Abgeordnete Bob Nye (R-Ohio) eingebracht hat. Die Reformbefürworter nutzten die positiven Äußerungen für die Umstimmung republikanischer Congress-Mitglieder, noch bevor die Administration das Statement Fleischers relativieren konnte.

## **2. Zweifel an Bushs aggressiver Rhetorik gegenüber dem Iran und Nordkorea**

Bushs Metapher von der „Achse des Bösen“, die es zu bekämpfen gilt, trifft im Congress nicht auf ungeteilte Zustimmung.

Der Präsident hatte in seiner *State of the Union Address* am 29. Januar 2002 Nordkorea, den Irak und den Iran als jene Regime bezeichnet, die den Terrorismus unterstützen und exportieren, beziehungsweise versuchen, in den Besitz von atomaren, biologischen und chemischen Massenvernichtungswaffen zu gelangen. Dieser „axis of evil“ müsse mit aller Entschiedenheit entgegen getreten werden und sei es um den Preis militärischer Gewaltanwendung. „Der Krieg gegen den Terror“, so der Präsident, ohne Umschweife, habe erst begonnen und müsse fortgesetzt werden.

Die unverhohlene Bereitschaft zum Unilateralismus, die in Bushs Worten mitschwang, veranlasste Senator Chuck Hagel (R-Neb.), ein einflussreiches Mitglied des Auswärtigen Ausschusses, dazu, vor der Gefahr einer Isolation des Iran zu warnen. Bushs Rede von der „Achse des Bösen“, so Hagel, „helfe nur den Mullahs“.

In eine ähnliche Richtung äußerte sich im Repräsentantenhaus Doug Bereuter (R-Neb.), stellvertretender Vorsitzender des Geheimdienstauschusses, der darauf hinwies, dass es im Iran durchaus Kräfte gibt, „die wir ermutigen wollen“. Für eine zumindest partielle Annäherung an den Iran plädierte auch Norm Dicks (D-Wash.), Mitglied des Verteidigungsbewilligungsunterausschusses im Repräsentantenhaus.

Kritik an Bushs aggressiver Selbsthilfe-Rhetorik gab es auch von der früheren Außenministerin Madeleine K. Albright, die Bushs Äußerungen als „Fehler“ bezeichnete. Der amerikanische Präsident hat seine Rhetorik gegenüber dem Iran und Nordkorea, nicht zuletzt angesichts der massiven Kritik der EU am unilateralen Kurs der Administration, inzwischen gedämpft. Allerdings steht die Drohung einer militärischen Gewaltanwendung gegenüber dem Irak nach wie vor im Raum, ohne dass sich im Congress eine größere Zahl kritischer Stimmen zu Wort gemeldet hätte.

Der Congress hatte 1996 Sekundärsanktionen gegenüber sogenannten „Schurkenstaaten“ wie dem Iran und Libyen (*Iran and Libya Sanctions Act*, ILSA), beziehungsweise Kuba (*Cuba Liberty and Democratic Solidarity Act*) verabschiedet (vgl. CR 6/1996, S. 2; CR 8/2001, S. 2), die zu erheblichen Belastungen der amerikanisch-europäischen Beziehungen geführt hatten.

### **3. Kritik am Haushaltsentwurf Bushs**

Im Congress ist Präsident Bushs Haushaltsentwurf 2003, der eine Neuausrichtung der Prioritäten zugunsten deutlich höherer Militärausgaben vorsieht und ein zumindest vorübergehendes Haushaltsdefizit in Kauf nimmt, auf Kritik bei Demokraten und fiskalkonservativen Republikanern gestoßen.

Senator Robert C. Byrd (W.Va.), der demokratische Vorsitzende des Bewilligungsausschusses im Senat, warnte davor, die geplanten Ausgabensteigerungen im Rüstungsbereich zu Lasten „der Ausgaben für Bildung, Gesundheitsfürsorge, Sozialversicherung und Weiterbildung“ vornehmen zu wollen. Zunächst müsse ein „scharfer

Blick“ auf die „Prioritäten im Budget“ geworfen werden, weil „massive Mehrausgaben“ für das Pentagon auf Kosten anderer Bundesprogramme mit ihm nicht zu machen seien.

Ähnlich äußerte sich im Repräsentantenhaus Minority Leader Richard A. Gephardt (D-Mo.), der Bush vorwarf, die Treuhandfonds für *Social Security* und *Medicare* zur Finanzierung seiner Haushaltspläne heranziehen zu wollen. Wie Byrd im Senat sprach sich auch Gephardt dezidiert gegen Kürzungen bei Bildungs-, Sozial- und Gesundheitsfürsorgeprogrammen aus.

Gleichzeitig haben fiskalkonservative Republikaner im Repräsentantenhaus wie John Shadegg (R-Arz.), der Vorsitzende des *Republican Study Committee*, Bedenken gegen Bushs geplante Rückkehr zum *deficit spending* angemeldet (vgl. auch Punkt 8). Die Administration geht für das Haushaltsjahr 2003 von einem Defizit von 106 Mrd. USD aus, spielt diese Entwicklung allerdings herunter, weil es sich nur um ein zeitlich befristetes Phänomen handele. „Solange der Congress die Ausgaben zügelt und in einer fiskalisch verantwortlichen Weise handelt“, so Präsident Bush am 29. Januar 2002 in seiner *State of the Union Address*, werde das Defizit nur kurzfristiger Natur sein.

Fiskalkonservative Republikaner wie Shadegg und Rodney Freylinghuysen (R-N.J.) pochen indes allen Beteuerungen der Administration zum Trotz auf strikter Ausgaben- disziplin, wie sie im Rahmen des Budgetausgleichsgesetzes 1997 (vgl. CR 5/1997, S, 1) vereinbart worden war. Beide signalisierten, dass sie sich den Defizitplänen des Präsidenten nicht ohne weiteres beugen wollen. Unterstützung unterhalten sie dabei offensichtlich von Tom DeLay (Texas), dem republikanischen *Majority Whip* im Repräsentantenhaus, der kürzlich unterstrich, dass ein „ausgeglichener Haushalt sowohl philosophisch als auch politisch die richtige Sache ist“. Damit scheint ein Tauziehen um die Prioritäten im Bundeshaushalt 2003 zwischen beiden Seiten der Pennsylvania Avenue programmiert.

Die Budget Resolution, die im Congress den groben Finanzrahmen für die Arbeit der Bewilligungsausschüsse absteckt, dürfte erste Anhaltspunkte für die Durchsetzungskraft des Präsidenten gegenüber dem Congress in der Haushaltspolitik liefern.

Präsident Bushs Haushaltsentwurf 2003 sieht Gesamtausgaben in Höhe von 2,13 Billionen USD bei einem Defizit von 106 Mrd. USD vor. Im einzelnen sind u.a. vorgesehen:

- 75,8 Mrd. USD für die Landwirtschaft, was einer Verringerung des Haushaltsansatzes in diesem Bereich um 0,9 Prozent gegenüber dem Vorjahr entsprechen würde;
- 63,1 Mrd. USD für das Verkehrswesen, eine Reduzierung um 2 Prozent gegenüber 2002;
- 56,5 Mrd. USD für das Arbeitsministerium, 4,8 Prozent weniger als für das laufende Haushaltsjahr vom Congress bewilligt;

- 7,5 Mrd. USD für die Umweltbehörde EPA (*Environmental Protection Agency*), was eine Ausgabensenkung um 5,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr entsprechen würde;
- 379,3 Mrd. USD für die Verteidigung (vgl. Punkt 4), was einer Ausgabensteigerung um 13 Prozent gegenüber 2002 bedeuten würde.

Präsident Bush begründet die Verschiebung der nationalen Prioritäten zugunsten des Rüstungsetats mit den Bedrohungen, wie sie seit dem 11. September 2001 (vgl. CR 9/2001, S. 1) im Krieg gegen den Terrorismus entstanden sind.

Die Demokraten stehen dabei in der Frage der Prioritätensetzung im Bundeshaushalt 2003 vor einem nicht unerheblichen Dilemma. Einerseits müssen sie sich mit Blick auf die *Midterm*-Wahlen als Anwälte der Bildungs-, Gesundheits- und Sozialpolitik profilieren. Andererseits dürfen sie in der Frage der Terrorismusbekämpfung nicht als illoyal gegenüber dem Präsidenten erscheinen, dessen Amtsführung seit dem 11. September von der breiten amerikanischen Öffentlichkeit als äußerst positiv eingeschätzt wird.

Einer Washington Post/ABC News-Umfrage vom 24.-27. Januar 2002 zufolge sind 83 Prozent der insgesamt 1.507 Befragten mit Bushs Amtsführung zufrieden und 88 Prozent unterstützen die Politik des Präsidenten im „Krieg gegen den Terrorismus“. Gleichzeitig geben 50 Prozent aller registrierten Wähler an, im November für den republikanischen Kandidaten im Congress stimmen zu wollen, während 43 Prozent die Demokraten zu unterstützen gedenken. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang auch, dass 62 Prozent der Befragten die Wirtschaftspolitik Präsident Bushs gut heißen. Gleichzeitig erklärten 44 Prozent, dass sie den Republikanern am ehesten zutrauen, mit den größten Probleme des Landes fertig zu werden. Den Demokraten sprachen nur 40 Prozent die größte Problemlösungskompetenz zu.

Die Demokraten bewegen sich dementsprechend auf einer dünnen Linie zwischen Profilierungszwang und Kooperationsdruck (vgl. CR 1/2002, S. 7) in der Haushaltspolitik. Einerseits müssen sie sich um programmatische Abgrenzung vom Präsidenten bemühen. Andererseits darf in der Wahrnehmung der breiten Öffentlichkeit dabei nicht der Eindruck primär parteipolitisch motivierter Ambition entstehen.

#### **4. Geteiltes Echo auf geplante Rüstungserhöhungen**

Die Rüstungspläne Präsident Bushs, der über die nächsten fünf Jahre Mittelzuweisungen in Höhe von insgesamt 2,14 Billionen USD für das Pentagon plant, dürften in den kommenden Monaten zu einem heftigen Tauziehen zwischen der Administration und dem Congress um die Prioritäten in der Haushaltspolitik führen. „Wahrscheinlich“, so der gemäßigt konservative Republikaner Pete Domenici (N.M.) im Senat, „werden wir mit einer Debatte über Prioritäten beschäftigt sein, wie wir sie noch nie zuvor hatten“.

„Wir können“, so der Senator weiter ausführend, „nicht alles tun“. Gemeint ist das offensichtliche Bestreben der Administration die Rüstungsausgaben zu erhöhen, die Steuern zu senken, die Sozialausgaben auf gleichem Niveau fortzuschreiben und zumindest mittelfristig wieder zu einer defizitneutralen Haushaltspolitik zurückzukehren (vgl. auch Punkt 3).

Im einzelnen sieht Bushs Rüstungshaushalt für das Haushaltsjahr 2003 u.a. vor:

- Ausgaben in Höhe von 379,3 Mrd. USD (zuzüglich 16,8 Mrd. USD für nukleare Waffenprogramme im Rahmen des Etats des Energieministeriums), was einer Steigerung um 45,5 Mrd. oder 13 Prozent gegenüber dem laufenden Haushaltsjahr gleich käme;
- 8,6 Mrd. USD für die Raketenabwehr, mit dem Ziel, diese Ausgaben bis zum Haushaltsjahr 2007 auf 11 Mrd. USD zu erhöhen;
- 94,2 Mrd. USD für Personalausgaben (eine Steigerung um 15 Prozent);
- 140,2 Mrd. USD für die Einsatzbereitschaft und Unterhaltung der Streitkräfte (eine Erhöhung um 18 Prozent);
- 68,7 Mrd. USD für die Beschaffung neuer Waffensysteme (12 Prozent mehr als im Vorjahr);
- 53,8 Mrd. USD für Forschung und Entwicklung (eine Steigerung um 11 Prozent);
- 4,7 Mrd. USD für Baumaßnahmen und 4,2 Mrd. USD für die Unterbringung der Familien von Militärangehörigen.

Im Rahmen der Mittelanforderung Präsident Bushs für das Pentagon sollen 10 Mrd. USD pauschal als „Reservefonds“ für einen zukünftigen Militäreinsatz bewilligt werden, was Kent Conrad (D-N.D.), der Vorsitzende des *Budget Committee* im Senat, als „noch nie da gewesen“ kritisierte.

Die *New York Times* bezeichnete Bushs Haushaltsansatz als eine „road map“ für ein anderes Amerika und warf dem Präsidenten scharf eine „ideologisch motivierte Agenda“ vor. Der Haushaltsplan, so die Times in einem Kommentar, „unterminiere das soziale Sicherungsnetz der Nation und die Fähigkeit der amerikanischen Regierung einige ihrer grundlegenden Verantwortlichkeiten während der nächsten zwei Jahrzehnte wahrzunehmen.“ Aufgabe der Legislative müsse es deshalb sein, die Haushaltsvorstellungen des Präsidenten zu überdenken und die wahren Kosten offen zu legen.

## 5. Konjunkturprogramm scheitert im Congress

Das von Präsident Bush im Sommer 2001 vorgeschlagene Sonderprogramm zur Stabilisierung der angeschlagenen US-Konjunktur (vgl. CR 9/2001, S. 7) ist im Congress Anfang Februar 2002 ungeachtet beiderseitiger Beteuerungen anhaltender Verhandlungsbereitschaft endgültig gescheitert.

Während das Repräsentantenhaus noch im Dezember 2001 in einer parteipolitisch polarisierten Abstimmung einem Kompromissvorschlag des Präsidenten zugestimmt hatte (vgl. CR 1/2002, S. 1.), gelang es im demokratisch kontrollierten Senat nicht, ein für beide Seiten akzeptables Gesamtpaket auszuhandeln. Die Beratung der republikanischen Vorlage wurde in einer verfahrenstechnischen Abstimmung mit 47 gegen 48 Stimmen abgelehnt.

Für Ansetzung der Debatte des Vorschlags von *Senate Majority Leader* Tom Daschle (D-S.D.), ein Minimalpaket zu verabschieden (in das die nicht kontroversen Komponenten der unterschiedlichen Stabilisierungs-Konzepte aufgenommen werden sollten), stimmten 56 Senatoren, darunter 8 Republikaner, dagegen 39. Damit zeichnete sich zwar eine klare Mehrheit im Senat für die Daschle-Vorlage ab. Doch angesichts der fehlenden Stimmen für eine Beendigung der Debatte gegen ein angedrohtes republikanisches *filibuster*, die eine qualifizierte Mehrheit von 60 Senatoren erfordert, wurde die weitere Beratung der Vorlage ausgesetzt.

Hintergrund des Scheiterns der Verhandlungen ist die mangelnde Kompromissbereitschaft der Parteien in einzelnen Sachfragen. Die Republikaner hielten insbesondere an zusätzlichen dauerhaften Steuererleichterungen für Unternehmen fest, die die Demokraten aus konjunktur- wie haushaltspolitischen Gründen ablehnen. Die Demokraten insistierten demgegenüber auf zusätzlichen Subventionen für die Krankenversicherung von Arbeitslosen unter Bundesregie, während die Republikaner Bundeszuschüsse für Einzelstaatenprogramme favorisieren.

Darüber hinaus haben die Signale einer einsetzenden Erholung der US-Konjunktur dem vor allem von der Administration vorgebrachten Argument einer hohen Dringlichkeit staatlicher Stimulierungsmaßnahmen den Boden entzogen. Ende Januar hat der Chef der US-Notenbank (*Federal Reserve Bank*) Alan Greenspan vor den Haushaltsrisiken einer prozyklischen Konjunkturpolitik gewarnt und eine abwartende Haltung befürwortet, die sogar ein teilweises Aussetzen der im Sommer des letzten Jahres beschlossenen Steuersenkungen beinhalten könnte.

Dennoch zeigte sich Präsident Bush enttäuscht über das Scheitern seiner Initiative. Vertreter der Administration wie der republikanischen Partei im Congress warfen Senator Daschle erneut Obstruktionspolitik vor und machten ihn für die möglichen Konsequenzen verantwortlich. Konservative Republikaner, die sich besorgt über die sich abzeichnende Rückkehr zur Defizitpolitik geäußert haben, sehen nun allerdings Chancen, bereits im kommenden Jahr zu einem ausgeglichenen Haushalt zurückzukehren.



Die demokratische Senatsführung zeigte sich von der Kritik unbeeindruckt und verwies auf die Blockade der eigenen Vorschläge durch die republikanischen Congress-Fraktionen. Daschle forderte zudem, nicht aus wahltaktischen Gründen das Klima der zwischenparteilichen Kooperation unnötig zu vergiften.

Angesichts der zugespitzten Situation sind die Aussichten, dass das Repräsentantenhaus die vom Senat einstimmig angenommene Verlängerung der Bezugsdauer der Arbeitslosenversicherungsleistungen um 13 Wochen übernimmt, nicht zu hoch einzuschätzen.

Die republikanische Parteiführung hat bereits deutlich gemacht, dass sie ohne zusätzliche Steuersenkungen keinerlei Hilfsmaßnahmen akzeptieren will. Am 14. Februar hat das Repräsentantenhaus mit 225 gegen 199 Stimmen eine entsprechende Gesetzesvorlage angenommen. Nur 10 Demokraten stimmten für den republikanischen Vorschlag. Die Ablehnung dieser Vorlage durch den Senat gilt als sicher.

## **6. Kompromiss über Förderung religiöser Wohlfahrtsverbände**

In den Verhandlungen über den Ausbau der staatlichen Förderung der sozialen Aktivitäten kirchlich-religiöser Gruppen haben sich Vertreter der beiden Senats-Fraktionen wie der Administration Anfang Februar 2002 auf eine gemeinsame Kompromisslinie geeinigt.

Damit scheint der Weg für eine Verabschiedung der seit Frühjahr 2001 blockierten Förderungs-Initiative Präsident George W. Bushs (*faith-based initiative*, vgl. CR 3/2001, S. 7), die als Markenzeichen des von ihm im Wahlkampf 2000 propagierten *compassionate conservatism* gilt, zumindest im Senat geebnet.

Joseph I. Lieberman (D-Conn.) und Rick Santorum (R-Pa.), die im Senat die Federführung in der Ausarbeitung der Gesetzesvorlage übernommen haben, verständigten sich mit Bush darauf, die kontroversen Elemente seines Vorschlags auszuklammern und die zusätzliche Förderung auf Subventionen über Steuererleichterungen zu konzentrieren.

Den Kern des Kompromisskonzepts bildet der Vorschlag,

- die gesonderte Steuerabzugsfähigkeit von Privatspenden an kirchlich-religiöse Verbände bis zu 400 USD pro Jahr für Steuerzahler einzuführen, die Pauschalfreibeträge in Anspruch nehmen und deswegen bisher Einzelspenden nicht steuermindernd geltend machen konnten.

Die Kosten der neuen Steuerbegünstigungen werden grob auf 50 Mrd. USD über einen Zeitraum von 10 Jahren geschätzt. Der ursprüngliche Vorschlag Bushs hatte Gesamt-

ausgaben von bis zu 84 Mrd. USD vorgesehen; eine im Repräsentantenhaus im Frühjahr 2001 unter republikanischer Regie ausgearbeitete Vorlage ging allerdings von einem Steuersubventionsvolumen von nur ca. 13 Mrd. USD aus.

Keine Aufnahme in den Kompromiss fand demgegenüber der Vorschlag, durch eine Auflockerung bestehender Regulierungen kirchlich-religiösen Gruppen Zugang zu staatlichen Fördermitteln für private Sozialarbeit zu gewähren, ohne dass sie ihre Glaubensgrundsätze zugunsten ziviler Antidiskriminierungsbestimmungen zurückstellen müssen (*charitable choice provision*). Dieser Vorschlag war vor allem in der Demokratischen Partei und unter Bürgerrechtsgruppen auf vehementen Widerstand gestoßen.

Während sich Republikaner im Congress zuversichtlich zu den Aussichten der Verabschiedung des Kompromisses in beiden Kammern äußerten, forderte J.C. Watts (R-Okla.), der die Gesetzesvorlage für Präsident Bush im Repräsentantenhaus eingebracht hat, "a little more faith" in die *faith-based initiative* zurückzubringen.

## **7. Bush erneuert Initiativen in der Gesundheitspolitik**

Präsident George W. Bush hat in einer Serie öffentlicher Redeauftritte seit Ende Januar 2002 erneut die Beratung der Vorschläge zur Reform des Gesundheitssystems gefordert, die er bereits in seinem ersten Amtsjahr dem Congress vorgelegt hat (vgl. CR 1/2002, S. 3 und 7).

Als Leitlinie seines eklektischen Reformansatzes propagiert Präsident Bush dabei das Prinzip, das der Bund die Führung bei der Durchsetzung der notwendigen Anpassungen und Neuerungen übernehmen, in der Umsetzung aber den Einzelstaaten und vor allem dem privaten Markt den Vortritt lassen soll.

### Zu den Prioritäten der geforderten Veränderungen gehören insbesondere

- eine Medikamenten-Zusatzversicherung für einkommensschwache Senioren (*Medi-gap Insurance*), für die der Bund den Einzelstaaten Zuschüsse von ca. 90 Prozent der Kosten gewähren soll;
- Steuergutschriften (*vouchers*) für die Krankenversicherung von Personen, die nicht über ein Arbeitsverhältnis versichert sind, bis zu einer Höhe von 3.000 USD pro Jahr für Familien;
- Zuschüsse für die Krankenversicherung von Arbeitslosen in Höhe von 60 Prozent der Kosten sowie

- eine Regelung der Rechte von Patienten und Ärzten gegenüber Versicherungen (*Patient Bill of Rights*), die eine medizinisch adäquate Behandlung gewährleisten soll.

Während die Reforminitiativen breite Zustimmung in der Wählerschaft beider Parteien genießen, stießen die konkreten Vorschläge der Administration wiederum auf scharfe Kritik im Congress.

Nicht nur Vertreter der Demokratischen Partei bemängelten beispielsweise, dass die im Rahmen des Budgetentwurfs über 8 Jahre vorgesehenen 190 Mrd. USD, die die Finanzierung der Medikamenten-Zusatzversicherung für Senioren in der Anlaufphase sicherstellen sollen, weit unter den erwarteten Kosten liegen. Auch führende Vertreter der republikanischen Congress-Fraktionen halten an dem bereits im letzten Jahr beschlossenen Finanzrahmen von 300 Mrd. USD fest.

Die Erhöhung der vorgeschlagenen Steuergutschriften für individuelle Krankenversicherung von 2.000 auf 3.000 USD pro Jahr kommt zwar der Kritik vor allem von Seiten der Demokraten entgegen; dennoch gelten die Zuschüsse für die große Mehrzahl der betroffenen Familien weiterhin als ungenügend.

In der Aushandlung eines für beide Seiten tragfähigen Kompromisses in der Frage der seit mehreren Jahren umstrittenen Patient Bill of Rights hat die Administration in Zusammenarbeit mit Senator Edward Kennedy (D-Mass.), dem Vorsitzenden des *Health, Education, Labor, and Pensions Committee*, zwar Fortschritte vermeldet. Doch ein Lösungsvorschlag zur Absicherung der Patientenrechte über Gerichte und Mediationsgremien, an der die Verabschiedung eines Gesetzes durch den Congress wiederholt gescheitert ist, wurde bisher nicht vorgestellt.

Angesichts der näherrückenden Congress-Wahlen im November 2002 und den nur minimalen Zugeständnissen Präsident Bushs ist es jedoch zunehmend unwahrscheinlich, dass die Demokraten eigene Grundsatzpositionen in der Gesundheitspolitik zugunsten der Vorstellungen der Administration räumen.

## **8. CBO korrigiert Haushaltsprognosen**

Das *Congressional Budget Office* (CBO) hat im Januar 2002 seine Prognosen zur Haushaltsentwicklung in den USA deutlich korrigiert. Statt von einem Haushaltsüberschuss von 5,61 Billionen USD zwischen 2002 und 2011 geht das Haushaltsbüro des Congress nun

- nur noch von einem Überschuss von 1,60 Billionen USD aus.

Der größte Teil dieses Überschusses, nämlich 1,1 Billionen USD, wird nun für die Haushaltsjahre 2011 bis 2013 erwartet.

---

Darüber hinaus prognostiziert CBO für 2011 eine Bundesverschuldung in Höhe von 1,9 Billionen USD, während die Behörde noch vor einem Jahr davon ausgegangen war, dass die amerikanische Bundesregierung ihre Schulden bis Ende 2006 tilgen kann.

CBO geht bei seinen Berechnungen von einem Wirtschaftswachstum von 0,8 Prozent im Jahr 2002 und 4,1 Prozent im Jahr 2003 aus. Für die Jahre 2004 bis 2007 wird ein Wirtschaftswachstum von 3,3 Prozent pro Jahr (3,1 Prozent zwischen 2008 und 2011) angenommen. Allerdings betonte der Direktor des CBO, Dan L. Crippen, dass auf Basis von 10-Jahresprognosen keine politischen Entscheidungen getroffen werden sollten, weil „die Zahlen stark schwankten“.

Während die Demokraten für die neuen, deutlich nach unten korrigierten Prognosen die Steuerpolitik Präsident Bushs verantwortlich machten (vgl. CR 1/2002, S. 1; CR 6-7/2001, S. 3) interpretierten die Republikaner die Berechnungen des CBO als Nachweis für eine deutlich restriktivere Ausgabenpolitik des Bundes. Bushs Ankündigungen massiver Ausgabensteigerungen im Rüstungsbereich (vgl. Punkt 4) dürften die Kontroverse weiter anheizen. „Unglücklicherweise“, so der Vorsitzende des Haushaltsausschusses im Senat, Kent Conrad (D-N.D.), „hat der amerikanische Präsident uns und dem amerikanischen Volk gesagt, dass wir alles haben können“. Conrads republikanischer Senatskollege Phil Gramm (Texas) warnte angesichts der wechselseitigen parteipolitischen Vorwürfe vor der Gefahr des *gridlock*. „Nichts“, so Gramm „werde passieren“, wenn Demokraten und Republikaner sich nicht aufeinander zu bewegen.

Congress Report  
Jahrgang 2001  
**Personenregister**

	<u>Heftnummer, Seite</u>
Abraham, Spencer	1,9;
Aldrigde, Edward C.	5,4;
Al-Hamzi, Al Abder	12,7;
Allen, Tom	8,10;
Annan, Kofi	2,4;
Armey, Richard K. ("Dick")	2,2; 5,5; 9,4; 10,2;
Ashcroft, John D.	1,10; 2,9; 9,3; 10,1; 11,1; 12,7;
Baucus, Max	3,9; 5,2; 6-7,3; 12,3;
Biden, Joseph R.	6-7,2; 6-7,10; 6-7,11; 12,6;
Bingaman, Jeff	6-7,3;
Bloomberg, Michael R.	11,9;
Boehlert, Sherwood, L.	1,8;
Boehner, John A.	1,7;
Bonior, David	1,3; 10,8;
Boozman, John	12,10;
Breaux, John B.	2,7; 3,5; 3,9; 4,5; 4,7; 5,8; 5,10; 6-7,8; 12,2;
Briese, Steve	10,9;
Bush, George W.	1,4; 1,8; 2,1; 2,5; 2,6; 2,8; 3,9; 4,1; 4,5; 4,8; 5,1; 5,2; 5,4; 5,7; 6-7,1; 6-7,4; 8,5; 9,1; 9,3; 9,4; 9,10; 10,2; 10,4; 10,7; 11,1; 11,2; 11,5; 12,1; 12,2; 12,3; 12,6;
Byrd, Robert C.	6-7,12; 10,3; 11,3;
Chafee, Lincoln D.	2,3; 4,5;
Chavez, Linda	1,9; 2,10;
Cheney, Richard ("Dick")	1,4; 1,8; 4,5; 4,10; 11,5;
Clark, Victoria	5,4;
Clark, Wesley C.	6-7,12;
Clinton, William J. ("Bill")	1,7;
Cochran, Thad	3,4;
Conrad, Kent	6-7,2; 8,9;
Conyers, John	11,8;
Craig, Larry E.	4,9; 3,10;
Crane, Philip M.	1,7;

<b>Daschle, Tom</b>	3,2; 4,6; 5,5; 5,10; 6-7,2; 6-7,7; 8,1; 8,3; 8,5; 8,9; 9,3; 9,8; 9,9; 10,4; 10,1; 11,1; 11,3; 11,5; 11,8; 12,3;
DeLay, Tom	4,5;
DiIulio, John	3,8;
Dingell, John D.	8,5; 12,8;
Dodd, Christopher J.	6-7,3; 11,8;
Doggett, Lloyd	10,7;
Donohue, Thomas	3,7;
Dorgan, Bryon	12,2;
Durbin, Dick	5,5;
Early, Mark L.	11,9;
Eckhard, Fred	2,4; 6-7,7;
Edwards, John	5,9;
Evans Donald	1,9;
Falwell, Jerry	3,8;
Feingold, Russell D.	1,3; 1,6; 3,4; 4,3; 11,1;
Feinstein, Dianne	8,10; 9,1; 9,3;
Frist, Bill	2,7; 3,9; 4,5; 5,8; 6-7,7; 11,8;
Gall, Mary Sheila	9,11;
Ganske, Greg	8,5;
Gates, William, Sr.	3,2;
Gephardt, Richard A.("Dick")	4,2; 4,5; 5,5; 5,10; 9,6; 10,9; 11,3;
Gilmore, James S.	11,9;
Goode, Virgil E.	3,1;
Gore, Al	1,4;
Gingrich, Newt	1,7;
Graham, Bob	6-7,3; 6-7,11;
Grassley, Charles E.	3,9; 5,2;
Greenspan, Alan	1,1; 2,1; 9,8;
Greenwood, James	8,3;
Gregg, Judd	2,5;
Guiliani, Rudy	11,10;
Hagel, Chuck	3,6; 3,10; 4,5; 4,9; 12,6;
Hansen, James V.	1,8;
Hastert, J. Dennis	1,7; 5,5; 5,6; 6-7,8; 8,5; 8,7; 9,1; 9,6; 10,1; 11,3; 11,7; 12,1;

---

Harkin, Tom	4,5;
Hatch, Orin	4,4;
Hathorn, Mike	12,10;
Helms, Jesse	2,4; 2,8; 4,9; 6-7,2; 6-7,10; 9,9;
Holbrooke, Richard	2,4;
Hollings, Ernest F.	6-7,3; 10,6; 10,7;
Hoyer, Steny	10,8;11,7;
Hunter, Duncan	8,8;
Hutchinson, Asa	10,9; 12,10;
Hyde, Henry J.	1,7; 4,2; 5,6;
Inouye, Daniel K.	6-7,3;
Jackson Lee, Sheila	4,9;
Jeffords, James	2,3; 3,1; 4,7; 5,8; 6-7,1; 6-7,3; 6-7,8; 11,4; 12,4;
Johnson, Nancy L.	4,8;
Kaine, Timothy M.	11,9;
Kennedy, Edward M.	5,9; 6-7,3; 6-7,7; 8,5; 11,8;
Kerry, John	6-7,3; 9,1;
Kilgore, Jerry W.	11,9;
Kirkpatrick, Jeane	5,6;
Kolbe, Jim	2,9;
Lan Chao, Elaine	1,10; 2,10;
Lantos, Tom	10,2;
Leahy, Patrick J.	6-7,3; 9,4; 10,1; 12,6;
Levin, Carl	3,4; 5,5; 6-7,2; 8,10; 12,6;
Levin, Sander M.	6-7,13; 12,2;
Lieberman, Joseph I.	2,6; 3,8; 6-7,3; 8,8; 12,6;
Lott, Trent	2,7; 4,2; 4,7; 5,2; 5,3; 6-7,1; 10,3; 11,2; 11,3; 11,5; 12,5;
Lowey, Nita M.	2,9;
Lugar, Richard G.	2,5; 6-7,11;
Lynch, Stephen	10,9;
Manzullo, Donald	1,8;
Martinez, Melquiades R.	2,9;
Matsui, Robert	5,6; 6-7,13; 12,9;

---

McCain, John	1,3; 1,6; 3,4; 4,2; 4,3; 5,9; 6-7,7; 8,5; 9,1; 10,6; 11,2;
McGreevy, Jim	11,9;
Meehan, Martin T.	4,5;
Miller, Jeff	10,9;
Miller, Zell	2,3; 4,5;
Minetas, Norman Y.	1,9; 2,10;
Moakley, Joe	10,9;
Moynihan, Patrick Daniel	5,9; 12,8;
Myers, Richard	9,10;
Negroponte, John D.	9,10;
Nelson, Ben	6-7,8;
Nelson, Bill	6-7,11;
Nickle, Don	5,9;
Norton, Gale	1,10; 2,10;
Norwood, Charles W.	5,9; 8,5;
Nussle, Jim	1,7;
Nye, Robert	11,7;
Olasky, Marvin	3,8;
O'Neill, Paul	1,8; 10,4;
Oxley, Michael G.	12,4;
Paige, Roderick	1,9; 2,6; 4,9;
Pelosi, Nancy	10,8;
Perle, Richard, N.	12,6;
Powell, Colin L.	1,8; 2,8; 5,5; 9,3;
Principi, Anthony	2,10;
Rangle, Charles B.	10,7;
Reid, Harry	6-7,3;
Ridge, Tom	9,4;
Robertson, George	6-7,12;
Robertson, Pat	3,8; 4,9;
Roberts, Pat	6-7,10;
Rockefeller, John D., IV	6-7,3;
Rohrabacher, Dana	12,1;
Roukema, Marge	1,7;
Rumsfeld, Donald	1,9; 5,3; 8,8; 8,10;



---

Sanders, Bernie E.	3,1; 8,11;
Santorum, Rick	3,8;
Sarbanes, Paul S.	6-7,2;
Scarborough, Joe	10,9;
Schregardus, Donald	9,11;
Schumer, Charles	4,10; 6-7,9; 8,2;
Scott, Robert	11,1;
Sensenbrenner, F. James	1,7;
Sensenbrenner, Jim	10,1; 11,1;
Sessions, Jeff	12,5;
Shaw, E. Clay	12,10;
Shelby, Richard	9,1;
Skelton, Ike	9,2;
Smith, Christopher H.	1,8;
Smith, Gordan H.	4,7; 4,10; 6-7,9; 8,2;
Smith, Robert C.	3,3;
Snowe, Olympia J.	2,3; 3,1; 6-7,2; 6-7,8; 12,2;
Spector, Arlan	2,3; 4,7; 12,6;
Sprague, Jo Ann	10,9;
Stevens, Ted	6-7,12;
Stump, Bob	1,7; 3,4; 8,8;
Tauzin, W. J. ("Billy")	1,7; 12,8;
Thomas, Bill	1,7; 6-7,13;
Thompson, Fred	4,3;
Thompson, Tommy G.	1,9; 2,7; 2,10;
Torricelli, Robert G.	3,5; 4,2;
Trancredo, Tom	4,2;
Veneman, Ann	1,9;
Warner, John W.	5,3; 6-7,2; 6-7,10; 12,6;
Warner, Mark	11,9;
Watts, J. C.	8,7;
Waxman, Henry	4,9;
Weldon, Dave	8,3; 8,9;
Wellstone, Paul	4,4;
Whitman, Christine Todd	1,10; 2,10;
Wolfowitz, Paul D.	12,6;
Woolsey, James	12,6;
Wyden, Ron	4,7;

---

Young, C.W. Bill	10,2;
Young, Don	1,8; 10,6;
Zoellick, Robert	5,6; 10,7; 12,1;

Congress Report  
Jahrgang 2001  
**Sachregister**

	<u>Heftnummer, Seite</u>
ABM- Vertrag	1,6; 5,4; 6-7,10; 6-7,11; 8,1; 8,10; 9,9;
Abtreibungskontroverse	2,9;
Agency for International Development, AID	2,8;
Air Marshalls	9,5; 10,6;
Alternative Minimum Tax	12,2;
American Civil Liberties Union, ACLU	9,5;
American Hospital Association	11,8;
American Israel Public Affairs Committee, AIPAC	8,2;
Anthrax- Anschläge	10,1; 11,8; 12,8;
Anti-Terror Gesetz	9,3; 10,1; 11,1; 12,4;
Appropriations Bills	11,2;
Arkansas, Nachwahlen in	12,10;
Auslandshilfe	2,9; 11,6;
Ausschussvorsitzende im Repräsentantenhaus, neue	1,7;
Außenpolitik, Kritik an	8,1;
<b>Bilanz der 2. Sitzungsperiode im 106. Congress</b>	1,1;
Bildungsreform	1,5; 2,5; 4,8; 6-7,3; 12,3;
Bio-Terrorismus	10,1; 11,3; 11,8; 12,7;
Budgetbewilligungsprozess	10,3;
Budget Responsibility and Efficiency Act	11,3;
Budgetüberschuss-Prognose	2,3;
Catastrophe coverage	2,7;
Centers for Disease Control and Prevention	12,8;
Chinapolitik	1,3; 4,1;
Concurrent Resolution	5,1;
Congressional Budget Office, CBO	2,3;9,7;
Consumer Product Safety Commission	9,11;
Continuing Resolution	10,4;
Corporate alternative minimum tax	10,5;
<b>Defense Authorization Bill</b>	1,4;
<b>Defense Appropriation Bill</b>	10,2;
<b>Discretionary spending</b>	10,3;
<b>Drug, Enforcement Agency</b>	10,9;

<b>Einkommenssteuerreform</b>	3,1;
Electronic Frontier Foundation, EFF	9,5;
Energiepolitik	5,7; 8,4;
Environmental Protection Agency, EPA	1,10;9,11;
Erderwärmung	6-7,12;
<b>Faith-based initiative</b>	3,7;
Familienplanungsprogramme, Internationale	2,9;
Fast track authority	1,6; 5,6; 6-7,13;10,7; 12,1;
Federal Aviation Administration	10,6;
Florida, Nachwahlen in	10,9;
Foreign Operations Appropriations Bill	11,6;
Fraktionsgeschäftsführerin, im Repräsentantenhaus	10,8;
Freedom Consolidation Act of 2001	11,5;
Freiheitsrechte, Einschränkung der	12,6;
<b>Geldwäsche, Initiative gegen</b>	10,8;
Generalsstabschef, Bestätigung des	9,10;
Genforschung	8,2;
Gesundheitspolitik	1,5;
Gerichtshof, Oberster	3,6; 4,4;
Gewerkschaftsdachverband, AFL-CIO	3,5; 12,2;
Gun Owners of America	9,5;
<b>Handelsbeziehungen, zu China</b>	1,3; 4,2;
Hard money contributions	3,5; 4,3;
Haushaltspolitik	1,2;3,2; 5,1; 9,7; 10,3; 11,2; 12,4;
Health and Human Services	1,9;
Help America Vote Act	11,7;
Homeland Czar	9,5;
Homeland Defense	11,3;
Homeland Security	9,5;
<b>Immigration and Naturalization Service, INS</b>	9,5;
Individual Retirement Accounts, IRAs	3,2;
Informationspolitik, Kritik an Bushs	10,2;
Irak	12,5;
Iran, Sanktionen gegen	6-7,9; 8,2;
<b>Joint Chiefs of Staff, Vorsitzender der</b>	1,9; 9,10;

Jordanien, Freihandelsabkommen mit	8,6;
<b>Kabinetts-Bestätigung, durch den Senat</b>	1,8; 2,9;
Kioto-Protokoll	3,10; 8,1;
Klimapolitik	3,9; 4,9; 6-7,12;
Konjunkturprogramm	9,8; 10,4; 11,4; 12,2,
Konkursrecht, Verschärfung des	3,6;
Kosovo, Einsatz im	1,4;
Krankenversicherung	1,2; 2,2; 2,6; 3,3; 3,8; 4,7;
	5,8; 6-7,7; 8,5;
Kriegsvollmachtengesetz	9,2;
<b>Libyen, Sanktionen gegen</b>	6-7,9; 8,2;
Luftverkehr	4,1; 9,6; 10,6; 11,1;
Luftverkehr, Sicherheit im	9,6; 10,6; 11,1;
Luftfahrt-Sicherheits-Gesetz	10,6;
Luftfahrtgesellschaften, Hilfspaket für	9,6;
<b>Managed Care Organisations</b>	1,2; 6-7,7;
Massachusetts, Nachwahlen in	10,9;
Massenvernichtungswaffen	5,4; 6-7,9; 12,5,
Mazedonien, Friedensmission in	6-7,11;
McCain-Feingold Bill	3,4; 4,3;
Medicaid	1,2; 4,7;
Medicare	1,2; 2,2; 2,6; 3,3; 3,8; 4,7;
Medikamenten-Zusatzversicherung	2,6;
Mehrheitswechsel im Senat	6-7,1;
Midterm-Wahlen	12,3;
Militärgerichte	12,6;
Milzbrand-Erreger	10,1; 11,3; 11,8; 12,8;
Mindestlohn	1,3;
Mobilization Against Terrorism Act	9,6;
<b>Nachwahlen, zum Repräsentantenhaus</b>	10,9; 12,10;
NATO-Erweiterung	6-7,10; 11,5;
NATO Enlargement Facilitation Act of 1996	11,6;
NATO Participation Act of 1994	11,6;
New Jersey, Wahlen in	11,9;
New York, Wahlen in	11,9;
No Child Left Behind Act	12,3;

Office of Homeland Defence	9,5;
Office of Management and Budget, OMB	9,8;
Old Age, Survivors and Disability Insurance	5,10; 9,7; 12,8;
<b>Patient Bill of Rights</b>	1,2; 1,6; 5,8; 6-7,7; 8,5;
Payroll Tax	2,2;
Peacekeeping	2,4; 6-7,11;
Peacekeeping-Einsatz im Kosovo	1,4;
Pell grants	2,5;
Permanent Normal Trade Relations, PNTR	1,3;
Personal Accounts	12,8;
Prescription drug insurance	2,6;
Programm der 1. Sitzungsperiode im 107. Congress	1,4;
<b>Raketenabwehr</b>	5,4; 6-7,11; 8,9; 9,9;
Reading-first Initiative	2,6;
Religiöse Gruppen, Förderung von	3,7; 8,7;
Rentenversicherung	5,9; 12,8;
Repräsentantenhaus	12,10;
Resources Committee	1,8;
Rules Committee	11,3;
Rüstungspolitik	5,3; 8,1;
<b>Sanktionspolitik</b>	2,7; 4,10;
Schnellverfahren für Handelsverträge	1,6; 5,6; 6-7,13;10,7; 12,1;
Schulden bei Vereinten Nationen	2,4; 5,5;
Seniorenverband, AARP	5,10;
Small Buisness Committee	1,8;
Social Security	1,2; 3,2;
Social Security Tax	12,8;
Soft money contribution	1,6; 3,4; 4,3;
Stammzellenforschung	8,2;
State Department Basic Authority Act	10,2;
Steuerpolitik	1,3; 1,5; 2,1; 4,6; 5,2; 6-7,3;
Supreme Court	3,6; 4,4;
<b>Terroranschläge</b>	9,1; 10,2; 11,3; 12,4;
Terrorism Risk Protection Act	12,4;
Terrorismus, Bekämpfung des	6-7,9; 9,1; 9,3; 10,2; 10,3; 11,1; 11,3; 11,9; 12,1; 12,4; 12,6; 12,7;

---

Trade promotion authority	10,7; 12,1;
<b>Umweltpolitik</b>	5,8;
Umweltverbände	5,8;
UN-Botschafter, Bestätigung des	9,10;
UN-Schulden	2,4; 5,5;
<b>Verteidigungshaushalt</b>	1,4; 8,8;
Veterans' Affairs Committee	1,8;
Victims of Terrorism Relief Act of 2001	9,1;
Virginia, Wahlen in	11,9;
Vereinten Nationen	2,4; 5,5;
VN-Schulden	2,3; 5,5;
<b>Wahlen</b>	10,9; 11,9;
Wahlkampffinanzierung, Reform der	1,3; 1,6; 3,4; 4,3; 8,11;
Wahlsieg Bushs	1,4;
Wahlsystem	11,7;
War Powers Resolution	9,2;
Wirtschaftsverbände	2,2; 2,8; 3,2; 5,8; 6-7,5;